

## Deutschland.

**Berlin, 21. November.** Se. Maj. der König nahm bald nach der Ankunft einige Vorträge entgegen, konferierte mit dem Ministerpräsidenten Grafen Bismarck und fuhr dann zur Theilnahme an der Geburtstagsfeier J. Kgl. Hoheit der Frau Kronprinzessin nach Potsdam. Nach dem Schluß der Festlichkeit führte ein Extrazug die Allerhöchsten und Höchsten Herrschaften und die geladenen Gäste von der Wildparkstation aus nach Berlin zurück.

**Berlin, 21. November.** (Haus der Abgeordneten.) 5. Sitzung. Eröffnung 1½ Uhr. Die Tribünen sind mäßig besetzt. Am Ministerisch Freiherr v. d. Heydt und v. Koon. — Präsident v. Forderbeck zeigt an, daß eine Anzahl von Exemplaren einer die Lage der Provinz Preußen schildernden Denkschrift des Vorstandes der Königsberger Kaufmannschaft eingekauft ist und zur Einsicht ausliegt; ferner, daß der Landtags-Almanach, herausgegeben von Dr. Birth, in zehn Tagen erscheinen wird. — Alsdann wird zur Vereidigung von 82 in das Haus neu eingetretenen Abgeordneten geschritten, von denen jedoch zwei bei dem Namensaufruf abwesend sind. Der Präsident befehlt, bevor er zu dem feierlichen Akte schreitet, den Dienern des Hauses, die Thüren des Saales zu schließen, und fordert die auf den Tribünen befindlichen Personen, so wie die Mitglieder des Hauses auf, sich von ihren Sitzen zu erheben. Alsdann ruft er die zu vereidigenden Abgeordneten in vier Abtheilungen auf und nimmt ihnen den Eid in der vorgeschriebenen Form ab: „Ich... (folgt Vor- und Zuname) schwöre es, so wahr mir Gott helfe!“ — wobei jedem Schwörenden ein bekräftigender Zusatz je nach seinem Religionsbekenntnis freisteht. Der Abg. Moritz Warburg (Altona) hebt die Schwurfinger nicht auf mit der nachdrücklichen Bemerkung, daß er Israelit sei. — Der Präsident theilt hierauf das Resultat der Kommissionswahlen mit. — Der Herr Finanzminister bringt alsdann eine Reihe von Vorlagen ein und erläutert sie. Wir bemerken dabei, daß der Herr Minister, dessen leise Stimme schon in dem ehemaligen kleineren Saale schwer zu verstehen war, es in dem jetzigen vergrößerten noch schwerer wird.

Finanzminister v. d. Heydt: Ich habe dem hohen Hause im allerhöchsten Auftrage den Entwurf, betreffend die Feststellung des Staatshaushalts für das Jahr 1868, vorzulegen. Der Etat ergibt, daß in den einzelnen Titeln auf zahlreiche neue Bedürfnisse Bedacht genommen ist, daß die dadurch entstehenden Mehrausgaben mit Vorsicht ermittelt sind und in den Mehreinnahmen ihre Deckung gefunden haben und dennoch das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben erhalten worden ist. Der Etat hat gegen die vorhergehenden Etats eine bedeutende Abweichung, die sich daraus ergibt, daß zunächst die sehr beträchtlichen Einnahmen und Ausgaben, die der Bundesverfassung gemäß an den norddeutschen Bund übergegangen sind, auszuweisen waren, daß sodann diejenigen Einnahmen und Ausgaben der neuen Landestheile, die für das Jahr 1867 in den durch die Gesammmlung verkündigten Etats nachgewiesen sind, in diesem Etat zu veranschlagen waren mit den Einnahmen und Ausgaben der alten Landestheile. Es stellt sich der Etat für 1868 in Einnahmen und Ausgaben um etwa 50 Millionen geringer, als der Voranschlag für 1867. Für die alten Landestheile beträgt derselbe in Einnahmen 122,020,000  $\mathcal{M}$ , die Ausgaben dagegen 120,400,000  $\mathcal{M}$ , es ergibt sich für diese damit ein Ueberschuß von 1,620,000  $\mathcal{M}$ . Für die neuen Landestheile beläuft sich für 1868 die Einnahme auf 87,830,000  $\mathcal{M}$ , die Ausgabe auf 89,450,000  $\mathcal{M}$ . Es ist daher ein Zuschuß erforderlich von 1,620,000  $\mathcal{M}$ , welcher durch den Ueberschuß der alten Landestheile gedeckt wird. Was die Abänderung der einzelnen Positionen betrifft, so ist zunächst zu erwähnen, daß auf den norddeutschen Bund übergegangen sind und daher vom alten Etat in Abzug gebracht an Einnahmen 62,173,000  $\mathcal{M}$ , an Ausgaben dagegen 80,450,000  $\mathcal{M}$ . Es hat mithin die preussische Staatskasse erspart 18,280,000  $\mathcal{M}$ ; dagegen sind von Preußen an den Bund zu zahlen an Matritularbeiträgen 16,873,000  $\mathcal{M}$ , Avera für Bollerinnahmen und Verbrauchssteuern 156,000  $\mathcal{M}$ , zusammen 17,029,000  $\mathcal{M}$ . Der Etat ergibt eine Mehreinnahme von 4,738,000  $\mathcal{M}$ , davon fallen unter Anderem auf die Domänen 122,00  $\mathcal{M}$ , auf die Forsten 220,000  $\mathcal{M}$ , auf die direkten Steuern hauptsächlich in den neuen Landestheilen 2,015,000  $\mathcal{M}$ , auf die indirekten Steuern 406,000  $\mathcal{M}$ , Mehreinnahme aus dem Erlös der Salzbestände 1,780,000  $\mathcal{M}$ , Gewinn des Seehandlungs-Instituts 109,000  $\mathcal{M}$ , auf den Gewinn der preussischen Bank ein Ueberschuß von 1,577,000  $\mathcal{M}$ , auf die eigenen Einnahmen der Justizverwaltung 1,285,000  $\mathcal{M}$ , auf verschiedene andere Verwaltungen ein Mehreinkommen von 200,000  $\mathcal{M}$ . Diesen Mehreinnahmen im Gesamtbetrage von 7,975,000  $\mathcal{M}$  stehen folgende Mindereinnahmen gegenüber. Bei der allgemeinen Cassenverwaltung 3,040,000  $\mathcal{M}$ , davon bestehen in verschiedenen Einnahmen der neuen Landestheile an Ueberschüssen der Vorjahre Kapitalbestände zum Betrage von 2,466,000  $\mathcal{M}$ , welche im Etat pro 1867 zur Ausgleichung der Etats genommen werden mußten. Außerdem ergibt sich ein Einnahme-Ausfall bei den Berg-, Hütten- und Salinen-Verwaltungen von 110,000  $\mathcal{M}$ , für die Hohenzollernschen Lande ein Ausfall von 87,000 Thalern, nach Abrechnung dieser Einnahme-Ausfälle von zusammen 3,237,000 Thalern von der Netto-Mehreinnahme von 7,975,000 Thalern verbleibt der zuerst erwähnte Ueberschuß von 4,738,000 Thalern. Die Ueberschüsse treten noch hinzu die Ausgabe-Ersparnisse bei verschiedenen Verwaltungen von zusammen 1,602,000  $\mathcal{M}$ , ferner die Ersparnisse, welche bei Vergleichung der dem norddeutschen Bunde überwiesenen Einnahmen und Ausgaben und der an denselben direkt zu leistenden Zahlungen zu Gunsten der preussischen Staatskasse sich ergeben mit 1,251,000  $\mathcal{M}$ ; die Gesamtbedeckungsmittel für neue und Mehrausgaben betragen demnach überhaupt 7,593,000  $\mathcal{M}$ . An Mehrausgaben sind dagegen in Ansatz gebracht 1) Zuschuß zur Rente des Kronfideikommissfonds 1,000,000  $\mathcal{M}$ . In dieser Beziehung wird dem hohen Hause eine besondere Vorlage zugehen, worin diese Mehrforderung motiviert wird. Ich bemerke jetzt nur, daß die Erhöhung dieser Rente auf 4 Millionen noch nicht diejenige Höhe erreicht, die sich ergeben würde, wenn die Steigerung der Renten der Domänen seit dem Jahre 1820 in Betracht gezogen wird. Es betragen 1820 die Intraden von Domänen und Forsten 7,850,000  $\mathcal{M}$ . Bis zum Ende des vergangenen Jahres sind an 70,000,000 zum Domänen-Veräußerungsfonds von den Verkäufern der Domänen und Forsten und aus der Ablösung der Lasten eingenommen. Nach den Verkäufen in Höhe von 70 Millionen betrug die Rente im verfloßenen Jahre 10,000,000  $\mathcal{M}$ . Es war schon seit 1820, ungeachtet der Verwertung in Höhe von 70 Millionen, eine Erhöhung eingetreten von 2½ Millionen. Wenn die 70 Millionen zum Zinsfuß von 5 Prozent angenommen würden — natürlich würden die betreffenden Domänen unverkauft eine höhere Rente bringen — was 3½ Millionen ergäbe, und würde diese dem Ueberschusse von 2½ Millionen zugerechnet, so würde der ursprüngliche Betrag der Kronfideikommiss-Rente von 2½ Millionen sich auf mehr als 4,300,000  $\mathcal{M}$  heben. Für die Staatsschulden ist eine Mehrausgabe von 3,370,000  $\mathcal{M}$  notwendig zur Verzinsung und Amortisation der in den alten Landestheilen neu hinzugezogenen Staatsschulden. Für das Abgeordnetenhause hat der Etat 52,000  $\mathcal{M}$  mehr wegen Vermehrung der Zahl der Mitglieder; für das Finanzministerium zur Ausführung anderweitiger Regelungen der Grundsteuer in den neuen Landestheilen 250,000  $\mathcal{M}$ , zur Erweiterung der Geschäftsräume 70,000  $\mathcal{M}$  und zu Münzprägungen 50,000  $\mathcal{M}$ . So dann für die Verlegung der Porzellanmanufaktur 100,000  $\mathcal{M}$ , für das Justizministerium 1,606,000  $\mathcal{M}$  wesentlich für die Gerichtsbehörden in den neuen Landestheilen, für das Ministerium des Innern 1,021,000  $\mathcal{M}$ , von 177,000  $\mathcal{M}$  für Strafanstalten, 89,000  $\mathcal{M}$  für landräthliche Behörden, 318,000  $\mathcal{M}$  für Posten, 128,000  $\mathcal{M}$  für Gensdarmen, 33,000  $\mathcal{M}$  für die Veteranen aus den Jahren 1813–15 in den neuen Landes-

theilen. Für das landwirthschaftliche Ministerium eine Mehrausgabe von 206,000  $\mathcal{M}$ , darunter 64,000  $\mathcal{M}$  für Auswärtige-Behörden, 25,000  $\mathcal{M}$  für die Verbesserung des Pferdebaues; für das Unterrichtsministerium 45,000  $\mathcal{M}$ , darunter 15,000  $\mathcal{M}$  für Universitäten, 28,000  $\mathcal{M}$  für Schullehrer-Seminare. Für andere Verwaltungen 123,000  $\mathcal{M}$ .

Ferner sind in dem Etat in Ansatz gebracht 268,000  $\mathcal{M}$  in Folge von Gehaltsverbesserungen für Unterbeamte zur Ergänzung der im Etat pro 1867 bewilligten Erhöhungen, welche bekanntlich im vorigen Etat nicht für das ganze Jahr gewährt waren.

Zur Ausgleichung dient diese Summe von 268,000  $\mathcal{M}$ , sodann für Bureau- und Kanzlei-Beamte sowie für Bureau-Hilfsdiener bei den Lokals- und Provinzialbehörden 600,000  $\mathcal{M}$ , Erhöhung der Gehälter der Landräthe 20,000  $\mathcal{M}$ , für höhere Staatsbeamte 41,000  $\mathcal{M}$ . Außerdem sind nicht unerhebliche Summen verwendet, um die Befoldung der Beamten in den neuen Landestheilen auf die Normalsätze der alten zu erhöhen. Endlich sind die laufenden und einmaligen Pensionssätze der Beamten circa 350,000  $\mathcal{M}$ , Ihre Genehmigung vorausgesetzt, außer Ansatz gelassen, von welcher Summe den Beamten der 4. Rangklasse von den Appellationsgerichten abwärts allein neun Zehntel zu Gute kommen. Es ist sodann das Haupt-Extraordinarium der Generalstaatskasse um 100,000  $\mathcal{M}$  erhöht. Bekanntlich war in der vorigen Session die Bewilligung im Betrage von 300,000  $\mathcal{M}$  an die Bedingung der nachträglichen Genehmigung jeder einzelnen Ausgabe geknüpft. Die Staatsregierung hatte diesen Vorbehalt für unannehmbar erklärt; sie hatte aber um deswillen keine Schwierigkeiten machen wollen bei der Feststellung des Etats, im Vertrauen, daß diesmal das hohe Haus das Haupt-Extraordinarium ebenso bewilligen werde, wie in allen früheren Jahren. Es ist nun eine Erhöhung von 100,000  $\mathcal{M}$  vorgeschlagen, nicht nur wegen Erweiterung des Staatsgebietes, sondern auch mit Rücksicht auf die Nothstände in der Provinz Preußen und anderwärts. Für den Allerhöchsten Dispositionsfonds zu Gnadenbewilligungen ist mit Rücksicht auf die Erweiterungen des Staatsgebietes eine Erhöhung von 100,000  $\mathcal{M}$  vorgeschlagen, sodann eine Erhöhung des Gnadenpensionsfonds um 30,000  $\mathcal{M}$ , für den Fonds zur Ausgleichung der Gehälter, Wartegelder und Befoldungen für die disponiblen Beamten in den neuen Landestheilen im Betrage von 100,000  $\mathcal{M}$ .

Die Staatsschulden belaufen sich jetzt für die alten Landestheile auf 306,143,000  $\mathcal{M}$ , einschließlich 102,000,000  $\mathcal{M}$  für Eisenbahnschulden; für Hannover 41,160,000  $\mathcal{M}$ , einschließlich 25,250,000  $\mathcal{M}$  für Eisenbahnschulden; für Kurhessen 16,535,000  $\mathcal{M}$ , einschließlich 16,000,000  $\mathcal{M}$  für E.-S.; für Nassau 20,516,000  $\mathcal{M}$ , einschließlich 16,589  $\mathcal{M}$  E.-S.; für Hessen-Homburg 161,000  $\mathcal{M}$ , für Schleswig-Holstein 22,140,000  $\mathcal{M}$ , in Summa 406,658,000  $\mathcal{M}$ , einschließlich 160,112,000  $\mathcal{M}$  für Eisenbahnschulden. Mit Hinzurechnung von 15,842,000  $\mathcal{M}$  unverzinslichen Schulden — Kassenanweisungen — beläuft sich die gesammte Staatsschuld auf 422,501,000  $\mathcal{M}$ . In dem vorliegenden Etat sind zur Verzinsung dieser Schuld 16,454,000  $\mathcal{M}$  für die Amortisation 7,966,000  $\mathcal{M}$  bestimmt. Bei der Amortisation werden bekanntlich die ersparten Zinsen hinzugefügt. Von der Stadt Frankfurt ist ferner an Schulden zu übernehmen 11,964,000  $\mathcal{M}$ , für ihre Verzinsung sind in dem Etat 580,000  $\mathcal{M}$  angesetzt. Zu Beziehung auf Uebernahme der Staatsschulden der neuen Landestheile wird in nächster Zeit ein besonderer Gesetzentwurf vorgelegt werden.

Es war sodann in dem Kreditgesetz vom 28. September 1866 bestimmt, daß, wenn Schatzanweisungen ausgegeben wurden, im nächsten Budget Bestimmungen getroffen werden sollen über die Wiederansgabe neuer Schatzscheine. Es sind nun ausgegeben 10,000,000  $\mathcal{M}$  Schatzscheine; es war also nöthig, da sie nicht aus andern Mitteln im nächsten Jahre gedeckt werden können, in dem Etatsgesetz darüber das Nöthige vorzusehen. Es heißt demnach in §. 2 des Gesetzentwurfs: „An Stelle der im Laufe des Jahres 1867 ausgegebenen Schatzanweisungen im Betrage von 10,000,000  $\mathcal{M}$  können im Jahre 1868 nur verzinsliche Schatzanweisungen, längstens auf ein Jahr lautend, zu gleichem Betrage ausgegeben werden. Auf die neu ausgegebenen Schatzanweisungen finden die Bestimmungen der §§. 4 und 6 des Gesetzes vom 28. September 1866 Anwendung.“ Zugleich überweise ich eine Uebersicht des Sollaufkommens an direkten Steuern für 1867 und des Sollaufkommens an Wahl- und Schlachtsteuer für 1866, und eine andere Denkschrift, betreffend die Einführung der altländischen direkten Steuern in den neuen Landestheilen. Der Hauptetat ist spätestens morgen gedruckt und wird abgeliefert. Es war aber nicht möglich, sämtliche Anlagen schon gedruckt zu beschaffen, weil mir zum Theil in den allerletzten Tagen erst die Materialien zugegangen sind. Es sind aber vier Druckereien mit dem Druck beschäftigt, und es wird jedenfalls im Laufe der nächsten Woche Alles an das Haus abgeliefert werden. Präsident von Forderbeck wird den Beschluß des Hauses über die geschäftliche Behandlung des Budgets dann ertrahieren, wenn der Hauptetat in Aller Hände ist. — Finanzminister v. d. Heydt legt ferner in Gemeinschaft mit dem Ministerpräsidenten und dem Kriegsminister eine Denkschrift über die Ausführung des Kreditgesetzes vom 28. September 1866 zur Genehmigung vor. Die Einnahmen, die der Regierung zur Verfügung standen, bestanden in 12,824  $\mathcal{M}$ , den Beständen der Generalstaatskasse aus den Ueberschüssen vom Jahre 1866, in 7,985,000  $\mathcal{M}$  aus den Ueberschüssen von 1866, an sonstigen Einnahmen mit 97,000  $\mathcal{M}$ , zusammen 8,906,000  $\mathcal{M}$ . Aus dem Staats-Schatz waren genommen 20,029,000  $\mathcal{M}$ ; an Kriegskontingenten und Kriegentschädigungsgeldern waren eingegangen 60,487,000  $\mathcal{M}$ , an Effekten sind realisiert für 17,968,000  $\mathcal{M}$ , auf den Kredit von 60 Millionen sind 30 Mill.  $\mathcal{M}$  an Staatsobligationen ausgegeben und im Betrage von 29,208,000  $\mathcal{M}$  verwerthet, also durchschnittlich zu 98½. Es ist noch ein Rest vorhanden, der für 411,000  $\mathcal{M}$  Erlös veranschlagt ist. Sodann sind ausgegeben 10 Millionen Schatzanweisungen, also auf den Kredit verwendet 31,619,000  $\mathcal{M}$  und mit den vorhin genannten Summen 146,200,000  $\mathcal{M}$ . Die Ausgaben betragen 27½ Millionen an den Staats-Schatz, Zinsvergütungen für indirekte Steuern, welche vor der Verfallzeit benutzt wurden, 299,000  $\mathcal{M}$ , für Herstellung von Erinnerungsgeldern für die Truppen 200,000  $\mathcal{M}$ , zu geheimen Ausgaben für militär-politische Zwecke 720,000  $\mathcal{M}$  (Hört!) Kosten der Erhebung der Kriegentschädigung 84,000  $\mathcal{M}$ , Vergütungen für Kriegssoldaten 200,000  $\mathcal{M}$ , Dotationen für hervorragende Dienste im Kriege 1½ Millionen, an den Großherzog von Oldenburg 1 Million, sodann an die depossessirten Fürsten (Hört!): den vormaligen Herzog von Nassau 8,891,000  $\mathcal{M}$ , an den vormaligen König Georg von Hannover 16,000,000  $\mathcal{M}$  (Hört! Hört!), an der Abrechnung mit dem deutschen Bunde 2,133,000  $\mathcal{M}$ , zur Verpflegung des Extraordinariums der Marine, dem Gesetze entsprechend, 4,483,000  $\mathcal{M}$ , Kriegskosten für die Landarmee 81,750,000  $\mathcal{M}$ . Die Kriegskosten sind näher nachgewiesen: es sind verausgabt an laufenden Ausgaben bis 1866: 17,526,000  $\mathcal{M}$ , bis zum 3. Quartal 1868: 16,601,000  $\mathcal{M}$ , für den Restbedarf ist veranschlagt 28,126,000  $\mathcal{M}$ , zusammen 62 Millionen. Dann sind noch einmalige Ausgaben besonders nachgewiesen: 14,923,000 für 1866 und 1,853,000  $\mathcal{M}$  für 1867. Der Restbedarf ist veranschlagt zu 2,600,000  $\mathcal{M}$ , zusammen 19,405,000  $\mathcal{M}$ , mit der vorhin genannten Summe 81,750,000  $\mathcal{M}$ . Vergütungen für Kriegseisenleistungen und Landlieferungen 6 Millionen, für Telegraphen-Leistungen auf dem Kriegsschauplatz 60,500  $\mathcal{M}$ , zusammen 150,831,000  $\mathcal{M}$ . Nach Abzug der Einnahmen von 146,200,000  $\mathcal{M}$  verbleibt ein Mehrbedarf von 4,630,608  $\mathcal{M}$ . Die genaue Summe wird sich erst später ergeben. Die Regierung trägt nun darauf an, daß der frühere Kredit von 60 Millionen, der auf Höhe von 40 Millionen benutzt ist, auf 5 Millionen erneuert werde. Zu diesem Zwecke lege ich einen Gesetzentwurf vor, wonach 5 Millionen im Wege verzinslicher Schatzanweisungen oder durch Begebung einer Staatsanleihe zur Verfügung der Regierung zu stellen.

Das Haus beschließt, auch den Druck dieser Vorlage abzuwarten, bevor es sich über ihre Behandlung entscheidet. — Finanzminister v. d. Heydt legt ferner die allgemeinen Rechnungen über den Staatshaushalt des Jahres 1864 mit den Bemerkungen der Ober-Rechnungskammer vor. Statt eines Defizits von 2½ Millionen hat sich ein Ueberschuß von 6,916,000  $\mathcal{M}$  herausgestellt. (Wird an die Budget-Kommission verwiesen.) Ferner den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Regelung des Etats- und Rechnungswesens in den neuen Landestheilen mit Ausschluß Frankfurt für 1867. Für 1866 sollen besondere Kommissionen die Rechnungen revidiren, für 1867 bescheiden. Die Ober-Rechnungskammer ist mit den betreffenden Verhältnissen nicht bekannt, und wenn auch für das letzte Quartal dieses Jahres die ordnungsmäßige Revision eintreten könnte, so ist es doch schwierig, die letzten 3 von den ersten 9 Monaten zu trennen. (Der Herr Minister verliest den Gesetzentwurf, der der Kommission überwiesen wird.) — Ferner den Vertrag mit Waldeck wegen Uebertragung der Verwaltung zur verfassungsmäßigen Genehmigung (Bewegung). Das Haus beschließt die Schlussberatung, obwohl die Herren v. Hennig und Dunder eine besondere Kommission für den Vertrag wünschen. — Die 6. Vorlage, die der Finanzminister einbrachte, waren mehrere mit dem Großherzogthum Oldenburg abgeschlossene Verträge, betreffend den Anschluß des Herzogthums Lübeck an das Zoll- und Handelsystem des Herzogthums Mecklenburg. — Der Finanzminister schlug vor, diese Vorlage den vereinigten Kommissionen für Handel und Gewerbe zu überweisen. Auf den Vorschlag des Präsidenten wurde dieselbe jedoch zur Schlussberatung gestellt und der Abg. Krieger (Samter) zum Referenten ernannt. — Die 7. Vorlage, die eingebracht wurde, ist ein Gesetz, betreffend die Stempelsteuer für ausländische und Luxus-Kalender. Die näheren Ausführungen des Finanzministers sind vollständig unverständlich. — Das Gesetz geht an die Finanz-Kommission. — Die 8. Vorlage betraf die freie Einfuhr von Spielkarten und den Wegfall der Bestimmungen für den Detailhandel. Auch diese wurde der Finanzkommission überwiesen. — Die 9. und letzte Vorlage betraf die Aenderung des §. 2 des Gesetzes betreffend die Landesvermessung des Fürstenthums Sagen-zollern. — Diefelbe wird der Agrarkommission überwiesen. — Es folgt der 3. Gegenstand der Tagesordnung: Berathung über die geschäftliche Behandlung der Anträge Kaskers über die Nothwendigkeit der Abgeordneten. — Der Präsident schlug vor, den ersten Antrag, betr. die Niederschlagung der Unternehmung gegen Twicken und Frenzel zur Schlussberatung, den zweiten, betreffend die Deklaration des Art. 84 der Verfassung zur Vorberathung im Hause zu stellen. — Abg. v. Brauchitsch (Elbing) beantragte, auch den ersten Antrag zur Vorberathung im Hause zu stellen. Das Haus trat einstimmig diesem Antrage bei, und genehmigte in Betreff des zweiten Antrags den Vorschlag des Präsidenten. — Es folgte der letzte Gegenstand der Tagesordnung: Wahlprüfungen. — Der größte Theil der Mitglieder des Hauses verläßt den Saal, der übrige Theil unterthätig sich Mühe, daß von den Ausführungen des Referenten der 1. Abth. Abg. von Hennig absolut Nichts zu verstehen ist. — Nach Beendigung dieses Referats erhebt sich der Abg. Dr. Kock das Wort zur Geschäftsordnung. Er erklärt, daß auf der linken Seite des Hauses ein so starker Zug und eine solche Räte herrsche, daß es nicht mehr auszuhalten sei. Der beste Beweis dafür sei der, daß die Mehrzahl der Mitglieder der Saal bereits verlassen hätte. Er bittet deshalb den Präsidenten, die Sitzung für heute zu schließen und dafür Sorge zu tragen, daß dies möglichst schnell abgeändert werde. — Wir bemerken hierbei, daß wir auf der Journalistentribüne schon längst darüber zu klagen haben; und in der That ein dauernder Aufenthalt in dieser Zugluft ohne erhebliche Schädigung der Gesundheit unmöglich ist. — Abg. Kocken schließt sich den Ausführungen des Abg. Kock durchaus an; der Zug sei aber nicht nur auf der linken Seite des Hauses, sondern im ganzen Hause bemerkbar. Es sei dies nicht mehr auszuhalten. „Wenn nicht bald Abhilfe geschieht, werde ich, meine Herren, wenigstens mit oder ohne Urlaub nicht mehr an den Verhandlungen des Hauses Theil nehmen.“ Es ist nicht zu verlangen, daß wir hier unsere Gesundheit aufopfern sollen.“ — Abg. Graf Schwerin scheint sich dieser Ansicht anzuschließen, ist jedoch auf der Journalistentribüne unverständlich. — Ein Abgeordneter, der bei der zunehmenden Unruhe des Hauses, da die meisten Abgeordneten aufstehen und sich um den Präsidenten herumstellen, wieder zu sehen noch zu hören ist, spricht scheinbar im Anschlusse an den Vordr. — Präsident v. Forderbeck verspricht, den Zustand des Hauses unterzuchen und wenn möglich Abhilfe schaffen zu lassen. Die Sitzung wird verlag. Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr. Tagesordnung: Berathung über die geschäftliche Behandlung des heute eingebrachten Kreditgesetzes und Wahlprüfungen.

**Jauer, 20. November.** Heute in den ersten Morgenstunden haben zwei in Untersuchungshaft befindliche Verbrecher bei einem beabsichtigten Fluchtversuch einen Wärter nebst seiner Frau erdrosselt. Der Fluchtversuch ist den Verbrechern nicht gelungen.

**Hannover, 20. November.** Zwischen dem Ober-Präsidenten Graf zu Stolberg-Berningerode und den Bevollmächtigten des Königs Georg hat, Bräufs Auswechslung und Ausführung der Verträge über die Vermögens-Angelegenheiten des vormaligen Königsbause heute eine Konferenz stattgefunden.

**Schwerin, 20. November.** Gestern Vormittag begab sich Sr. K. H. der Großherzog mit Sr. M. dem Könige von Preußen und den übrigen hochfürstlichen Gästen zu Eisenbahn nach Jachun und von da nach Jachun, wo an dem gestrigen, vom Wetter nicht begünstigten Tage die Jagd abgehalten wurde. Es verlautet, daß etwa 70 Stück Schwarzwild geschossen wurden, darunter 13 von Sr. Maj. dem Könige von Preußen. — Das Hoch, welches Senator Bode am Montag Abend beim Eintritt Sr. Maj. des Königs von Preußen in die große Mittelloge des Schauspielhauses auf denselben ausbrachte, lautet wie folgt: „Seine Majestät der ruhmreiche König Wilhelm von Preußen, unseres geliebten Fürstenthums naherwandler königlicher Gast und Freund, der erhabene Schutzherr des norddeutschen Bundes, des ganzen deutschen Vaterlandes Hoffnung und Zuversicht, er lebe hoch!“

**Dresden, 21. November.** Durch königliches Dekret sind die der Ständeverammlung früher vorgelegten Gesetzentwürfe, betreffend die bürgerliche Prozeßordnung, die Gerichtsordnung und die Konkursordnung, zurückgezogen worden, weil die Verfassung des norddeutschen Bundes den Erlass gemeinsamer Gesetze auf diesen Gebieten in Aussicht stellt und der Bundesrath bereits einleitende Schritte dazu gethan hat.

**München, 21. November.** Zu Gesandten sind ernannt: Graf Perglas für Berlin, Graf v. Quast für Paris, Graf Reigersberg für Brüssel, v. Hompeisch für London und v. Baumgarten, bisher Legationsrath in London, für Florenz. Der bisherige Legationsrath bei der Berliner Gesandtschaft, v. Gasser, geht als Gesandter nach Stuttgart; an seine Stelle tritt Graf Duxburg. Der Ministerial-Rath v. Sigmund wird Gesandter in Rom.

**Wien, 21. November.** Die „Wiener Abendpost“ meldet:



Febr. v. Beuß hat per atlantisches Kabel ein Telegramm vom R. Konfulate in der Savanna, datirt 19. November, erhalten, welches meldet, daß Viceadmiral Tegethoff am 12. v. mit der Leiche des Kaisers Maximilian abgereist ist. Prinz Salm und alle übrigen fremden Gefangenen sind frei.

Die „Presse“ schreibt: Marquis de Moustier hat dem Kaiser Napoleon ein zweites Circular schreiben, worin der Zweck der Konferenz präcise ausgedrückt wird, unterbreitet. Hiernach wird das Zusammenkommen der Mächte zu einem Schiedsgericht behufs Beendigung des römisch-italienischen Konflikts im gemeinsamen Zusammenwirken gewünscht. Das Programm der Beratungen soll aus den gegenseitigen Angeboten und Forderungen hervorgehen.

Paris, 19. November. (N. N. G. Z.) Das Interesse an der Thronrede tritt bereits gegen die neugierige Spannung auf den Feldzug der Linken im Corps legislatif und auf die schließlichen Resultate des Konferenzprojekts stark in den Hintergrund. Das Pariser Publikum arbeitet eben schnell. Die Konferenz anlangend, so scheint es sicher zu sein, daß bereits ein zweites Schreiben des französischen Kabinetts an die fremden Mächte unterwegs ist, und man wird nicht fehl greifen, wenn man annimmt, daß der Zweck dieses Schreibens dahin geht, eine sichere Basis zu positiven Vorschlägen zu gewinnen. Von den siebzehn eingeladenen Mächten sollen bisher acht grantwortet haben, von denen aber nur Spanien und Preußen sich für unabdingte Annahme erklärt haben sollen. Die angebliche sächsische Auslassung, daß für die Staaten des Norddeutschen Bundes nur das Bundespräsidium bei der Konferenz in Frage kommen könne, hat einem Theil der biesigen Presse wenig gefallen. Die „Patrie“ zieht mit schlecht verhehlter Laune dagegen zu Felde. Was den Feldzug der Linken betrifft, so sind von jener Seite schon drei Interpellationen auf den Tisch des Hauses niedergelegt und den Bureaux zur Prüfung überwiesen. Erstens eine Interpellation über die auswärtige Politik im Allgemeinen, eine zweite über die innere Politik, und namentlich über den Schutz der persönlichen Freiheit (veranlaßt durch die jüngsten Verhaftungen), endlich eine dritte über die römische Expedition. Alle drei Interpellationen, deren Genehmigung durch die Bureaux noch keineswegs zweifellos ist, sind von Julius Favre eingebracht und außerdem von Garnier Pagés, Clais-Bigoin, J. Simon u. A. gezeichnet. Es ist auch von einer vierten Interpellation die Rede, betreffend die Einführung des Otkroi in der Bansteuer; ist aber die Linke selbst in Bezug auf diese Angelegenheit getheilte Meinung. Nicht wenige Deputations-Mitglieder machen geltend, daß dadurch Unruhen der betreffenden Arbeiter hervorgerufen werden könnten, was sie um jeden Preis vermeiden sehen möchten. Außerdem ist es auch nicht wahrscheinlich, daß diese Interpellation die Bureaux passieren werde. Hr. Schneider, der Präsident des gesetzgebenden Körpers, hat denselben heute ohne jede Ansprache eröffnet, worüber sich einzelne Blätter beklagen, während halböffentliche Organe darauf aufmerksam machen, daß eine Präsidentenrede auch früher nicht Unus gewesen sei.

An demselben Tage, wo der Kaiser erklärt, man könne den Zeitpunkt der Heimkehr der französischen Truppen aus dem Kirchenstaate berechnen und das „Journal des Debats“ hinzusetzt: „Wir hätten uns noch mehr gefreut, wenn uns gesagt worden wäre, unsere Truppen hätten bereits Befehl zum Abzuge erhalten“, bringt der „Monde“ einen wahrhaft wüthenden Ausfall gegen des Kaisers römische Politik. „Wir stützen Victor Emanuel mit mehr Verständnis, als wir Maximilian unterstützt haben!“ Diesen blutigen Hohn schickt das kirchliche Blatt der Thronrede voraus, indem es drohend hinzusetzt, „Italien werde doch zu Grunde gehen, Frankreichs Stütze werde nicht dagegen helfen, ja, bereits sei Frankreich selbst von der italienischen Anarchie bedroht, denn der Triumph des italienischen Sozialismus rege die Masse der geheimen Gesellschaften in Belgien, Deutschland und hauptsächlich in Frankreich auf und finstere Pläne entstieg der Gährung der Geister“. Mit solchen Schreckmitteln will man die Welt in Unruhe setzen. Bieleicht hat der „Monde“ an — Nachen gedacht, wenn er von den Schrecknissen spricht, die Deutschland von geheimen Gesellschaften bedrohen, denn sonst wüßten wir nicht, wo „finstere Pläne“ in deutschen Landen geschwiebet würden.

Mit ist von Seiten des großen Publikums eine Thronrede Napoleons mit größerer Gleichgültigkeit als diesmal empfangen worden. Die Zeitungsverkäufer standen seit 2 Uhr müßig vor großen Haufen von Blättern, während sonst um jene Tagesstunde die Exemplare zu erhöhten Preisen abgesetzt wurden. Und doch war gerade heute von dem Inhalte vorher wenig bekannt, so daß die Reugier hätte Befriedigung suchen können. Dafür versichern Unparteiliche, welche der Feierlichkeit in den Tuilerien beigewohnt haben, noch nie sei eine Eröffnungsrede so stark befaßt worden, besonders die Stelle, welche von der „festen Regierung“ spricht und der Absicht jeden durch die verschiedenen Erceß streng zu unterdrücken. Der Kaiser trug bei der Eröffnungsfeierlichkeit die Generaluniform, der Kaiserprinz, der recht wohl ausgehen haben soll und auf der Hin- und Rückfahrt neben seinem Vater lebend nicht aus dem Grüssen herauskam, war in schwarzem Sammet, rothen Strümpfen und mit dem großen Band der Ehrenlegion angethan; die Inaugurationsoilette J. Maj. war: weißes Atlaskleid mit braunem Sammet, schwarze Spitzenmantille à la Marie Antoinette und rothbrauner Sammethut mit weißer Feder.

Paris, 21. November. Es wird versichert, daß der Papp geneigt sei, die Konferenz Einladung anzunehmen. — General de la Torre, ein Gefährte des Generals Prim, hat eine neue revolutionäre Proclamation an Spanien erlassen, in welcher er den Sturz der Dynastie verlangt.

Die „France“ theilt mit, daß die Kardinäle, welche Mitglieder des Senats sind, und der Erzbischof von Paris sich der Interpellation Dupin's über die römische Frage anschließen. — Die „Liberte“ behauptet, daß der italienische Ministerpräsident Menabrea am 9. November ein neues Rundschreiben erlassen habe, in welchem er Frankreich anklage, die jüngsten Ereignisse in Italien veranlaßt zu haben.

Italien. Die Einladungen der französischen Regierung zur Konferenz wurden von Paris am 10. November erpedirt; sie sind aber bis jetzt ohne Erfolg geblieben. Was wird Italien thun? Wenn die Konferenz wirklich zu Stande käme, so ist Italiens Rolle sehr einfach, es wird, wie die Itale berichtet, der Politik treu bleiben, welche Italien aus jahrhundertlanger Zerrissenheit erlöst hat und ihres Zieles gewiß ist. „Soll der Kirchenstaat, dessen Existenz

eine beständige Ursache der Unruhe für Italien ist, erhalten, also, ein Theil Italiens für alle Zeiten ein Leihgebilde des Papstes bleiben? Oder soll der Kirchenstaat aufhören? Sobald erstere Frage auch nur gestellt würde, kann Italien sich in keine Beratungen einlassen, es hat Protest erhoben und wird fort und fort Protest erheben gegen die französische Intervention; es würde jedoch eine erweiterte und ungleich gefährlichere Intervention anerkennen, wenn es allen anderen Mächten das Recht zugestehen wollte, in eine Gebietsfrage sich einzumischen, die Italien und die Bedingungen seiner Politik einzig und allein angeht. Nehme es eine solche Lage an, so würde es seine Einheit mit eigener Hand zerbrechen. Sollte dagegen über die zweite Frage allein conferirt werden, so ist Italiens Stellung gleichfalls klar: es wird jeder Maßregel beistimmen, welche zum Zwecke hat, die geistliche Unabhängigkeit des Kirchenhauptes zu sichern. Es ist dies keine Territorial- also auch keine eigentlich nationale, keine streng italienische Frage sondern eine allgemeine Angelegenheit. Das Kabinet Menabrea hat in dieser Haltung alle Italiener hinter sich, denn sie sagen sich: „Rom spielt seit 1859, ja schon seit 1849, die Rolle des Coblenz der ersten französischen Revolution, es ist der Sitz der gegen die Einheit konspirirenden Personen und Klassen, wie es Franz II. und seinem Hofe im Herzen Italiens Schutz gewährt und die schreuliche Banditenwirtschaft gefördert hat; jetzt aber ist es erst recht das Coblenz aller europäischen morkontenten Legitimisten und Klerikalen, welche ihre Rekruten nach Rom schicken und in der ganzen Welt zum Kreuzzuge gegen den italienischen Thron und Einheitsstaat Geld sammeln lassen. Wenn diese Leute morgen in Frankreich oder in Oesterreich einen Aufstand für Ideen des Mittelalters fänden, so würden sie übermorgen eben so bereit zur Restauration des fünften Heinrich oder zu der Einsetzung eines Kaisers von Oesterreich nach dem Herzen der Kirche ins Feld ziehn, wie sie mit der Legion von Antibes und den kaiserlichen Franzosen gegen Italiener gekämpft haben, und wie sich täglich ihre Organe rühmen, daß man Italien wieder in Stücke zerschlagen müsse, damit der Papstkönig wieder zu seinem Schanden kommen könne.“

Florenz, 21. November. Die „Opinione“ spricht im Hinblick auf die bevorstehende Parlamentssession den Wunsch aus, das Parlament möge in seinen Diskussionen der Nothwendigkeit eingedenk sein, die politische Lage nicht noch mehr zu erschweren. Dasselbe Blatt fordert das Ministerium auf, sein Möglichstes zu thun, um die römische Regierung von der in Erwägung genommenen Absehung der bei den letzten kriegerischen Ereignissen kompromittirten Beamten zurückzubringen.

Lissabon, 21. November. Der Admiral Farragut hat auf der amerikanischen Fregatte „Franklin“ den biesigen Hafen verlassen und ist nach dem mittelländischen Meere gesegelt.

London, 18. November. Ein starker Sturm wüthete seit vorgestern Abend bis heute Morgen in London und hat manchen Schaden an Gebäuden und unter den Schiffen auf der Themse angerichtet. Auf dem Kanal war er so arg, daß kein Dampfer sich hinaustraute, auch die Postdampfer in Ostende und Calais die Ueberfahrt nicht wagen durften. Der Sturm zog sich in den letzten Kanal hinein und die Nordsee hinaus. Schon sind Berichte über mehrfache Unfälle von Shields und Harmouth eingetroffen. Es ist ein schlimmes Jahr fürwahr. Bereits weist es in seinem Register 2300 Wracks auf, 77 davon allein während der letzten verfloffenen Woche.

London, 21. November. Im Unterhause bringt Mr. Maguire in die Regierung, daß sie davon abstehe, vor der Welt die bedauerliche Tragödie der Hinrichtung von vier Personen in Manchester zu vollziehen. D'Orien, Jowett Bowyer, Gaseler Reardon verlangen Aufschub der Hinrichtung. Der Minister des Innern, Hardy, verweigert jedoch, die richterliche Entscheidung umzustossen.

Kopenhagen, 18. November. Die „Nybors Avis“ schreibt: Am letzten Freitag sahen wir hier zum ersten Male die norddeutsche Bundeskriegsflagge in unserem Hafen (Nybors auf Fühnen). Am Vormittag war nämlich ein preussisches Kanonenboot in der Förde vor Anker gegangen und bald darnach kam der Chef in seinem Boote in den Hafen und meldete sich beim Festungskommandanten. Das Kanonenboot war der „Chamäleon“, geführt von Graf Hade, mit drei Geschützen und einer Besatzung von etwa 70 Mann. Es soll, wie man hört, im großen Belt einen Anker aufgeschlagen, welchen ein anderes preussisches Kriegsschiff dort verloren hat. Ein Theil der Mannschaft war hier am Lande.

Petersburg, 21. November. Gegenüber der heftigen Polemik, zu welcher die Einführung der Russischen Sprache in den Ostprovinzen in der ausländischen und russischen Presse Anlaß gegeben, findet sich die offiziöse „Nordische Post“ zu folgender Erklärung veranlaßt: Die Maßregeln, welche die Regierung in Betreff der Einführung der Russischen Sprache in den Ostprovinzen getroffen hat, verändern an den dortigen Verhältnissen nichts. Die Lokalgesetzgebung enthalte sich nach wie vor jeder Bedrückung der nichtrussischen Bevölkerung. Die Regierung behandle dasjenige, was in Folge historischer Bedingungen sowie der bürgerlichen und gesellschaftlichen Bildung dieser Bevölkerung theurer sei, keineswegs mit Nichtachtung. Sie erstere nicht eine erzwungene Verwischung aller Nuancen und eine unterschiedslose Vernichtung aller Besonderheiten dieses Landestheils. Die Regierung schätze vielmehr das gesetzlich anerkannte Recht der verschiedenen Konfessionen; sie gewähre dem Gebrauch der Deutschen Sprache wie demjenigen anderer Volksdiadem freien Spielraum. Die Regierung verlange von den Ostprovinzen sowohl wie von den übrigen Theilen des Reiches eine bedingungslose Unterwerfung unter die allgemeinen Principien der Staatseinheit. Gleichzeitig lasse sie aber die bestehende Lokalgesetzgebung vollständig in Kraft, sie entwidde die Bodenverhältnisse und befördere dadurch geordnete Zustände der ländlichen Bevölkerung, worin die wirklichen Grundlagen für die Wahrung der besonderen Eigentümlichkeiten bestehen. Auch bei der Einführung gerichtlicher Reformen in den Ostprovinzen berücksichtige die Regierung principiell die Besonderheiten derselben. Die Vorbereitung der russischen Sprache in den Ostprovinzen werde durch das Bedürfnis derselben hervorgerufen, sowie ferner durch die Solidarität dieser Provinzen mit den im Innern des Reiches belegenen Bezirken in Betreff der politischen und kommerziellen Interessen, endlich aber durch die mehr und mehr anwachsende russische Bevölkerung daselbst. Die längst empfundene Unbequemlichkeit, die Geschäfte bei den Behörden vorzugsweise in Deutscher Sprache zu führen, begründe eine pflichtgemäße Anwendung der Russischen Sprache.

## Vomern.

Stettin, 22. November. Wie man uns aus Alt-Damm mittheilt, hat es dort allgemeine Befriedigung hervorgerufen, daß dem Prediger Berg daselbst trotz aller dagegen hervorgerufenen Bestrebungen, dennoch jetzt die erste Pastorstelle in Pyritz übertragen worden ist. Herr B. ist in Damm eine allgemein beliebte Persönlichkeit und man mag ihn nur ungern aus seinem bisherigen Wirkungskreise schreiben sieht, freut man sich doch der Genugthuung, die ihm jetzt geworden ist.

Wegen plötzlicher Erkrankung der Frau Förster wird an Stelle der heute Abend angekündigten Oper „Johann von Paris“ das Schauspiel „Die Bettlerin“ zur Aufführung kommen.

Vorgestern Abend war ein im Seitenflügel des Hauses Lindenstraße Nr. 25 befindliches hölzernes Abzugrohr in Brand geraten. Wäre das Feuer nicht rechtzeitig von einem Hausbewohner bemerkt und schnelle Hilfe geschafft worden, so hätte daselbst leicht gefährlich werden können. Es war der vorhandene Spur nach in einer zur Aufbewahrung von Wäsche dienenden Kammer, in der das Rohr ausmündet, entstanden und hatte sich demnächst durch das Rohr bereits bis zu den oberen Etagen verbreitet. In der betreffenden Kammer ist eine nicht unbedeutende Partie Wäsche verbrannt.

Die Arbeiter Julius Marks aus Torney und Albert Preuß aus Grünhof, welche sich gestern Abend in der Reißschlägerstraße ein Vergnügen daraus machten, das Trottoir passierende Personen beim Vorübergehen durch ungeziemende Redensarten u. s. w. zu belästigen, wurden verhaftet.

Gestohlen wurde: am 19. Abends dem Drechslermeister G. aus seiner Wohnung Breiterstraße Nr. 11 ein schwarzer Rock, ein Paar Beinkleider und ein seidener Regenschirm; am 20. aus der unverschlossenen Küche des Kaufmanns B. Große Oberstraße Nr. 12, ein messingener Mörser; ferner dem Kleiderhändler Solms durch drei Knaben, die ungerichtet der sofortigen Verfolgung entliefen, 12 Stück wollene Schmals, welche als Schaustücke an dem Eingange zum Verkaufslokal hingen; gestern Nachmittag aus der Küche des Kaufmanns J., Kl. Oberstraße Nr. 11 fünf Stück Silberne S. S. gezeichnete Schlüssel im Werthe von 10 Rthlr.

Muthmaßlich dasselbe bisher leider noch nicht ermittelte Braunkammer, welches, wie berichtet, vor Kurzem auf den Namen des Kaufmanns Schröder bei dem Blumenfabrikanten Krause einen Betrug verübte, hat sich eines gleichen Vergehens dem in der Frauenstraße wohnhaften Korbmacher Rabb gegenüber dadurch schuldig gemacht, daß es diesmal auf den Namen eines Fräuleins Schröder, von R. zwei Körbe zur Ansicht entnahm und damit spurlos verschwand.

## Schiffsberichte.

Swinemünde, 21. November, Vormittags. Angekommene Schiffe: Iris, Johanne; Carl, Wienie; Mentor, Remle von Bernau. Friederide, Ludwig von Kopenhagen. Gacilie, Dabio von Newcastle. Scotish Maid, Smith von Cullen. Felicias, Rühl von St. Davids. Stols (SD), Biente von Kopenhagen. Grand Duc Alexis (SD), Barandon von Oran-gemonth. Louis Gerg, Nag von Grimsby. Clara u. Hermann, Niemann von Hartlepool. Legiere 2 Schiffe in Swinemünde. 2 Schiffe angef. Wind: N. Strom eingehend. Revier 17 1/2 F.

Nachmittags. Ruper, Cool von Wid. Merrimac, Grunewaldt von Hartlepool. Norma, Vland von Newcastle. Caroline Marie, Bang von Aalefjund. Caecilie, Schwenson; Peter, Nausch; Dittlie, Köhler von Bernau. Wind: NO. Revier 17 1/2 F. Strom ausgehend.

## Börsen-Berichte.

Stettin, 22. November. Witterung: Schneetreiben, trübe. Temperatur 2° R. Wind: W.

### An der Börse.

Weizen loco und nahe Termine niedriger, per 2125 Pfd. loco gelber märker 96—101 R bez., dunter 94—97 R bez., ungar. 91—95 R bez., 83—85 Pfd. gelber November 98 1/2, 97 R bez. u. Br., 96 1/2 R Ob., Frühjahr 97 1/2 R Ob. u. Br. Roggen gut behauptet, pr. 2000 Pfd. loco galizischer 72—74 R bez., besserer 75—76 R bez., 83 Pfd. 75 R bez., November 74 1/2 R bez., Roggen-Dezember 72 1/2 73 R bez. u. Br., 72 1/2 R Ob., Frühjahr 72 1/2 R bez. Gerste loco per 1750 Pfd. märker 52 1/2—53 R bez., schlechtere 54 bis 55 R bez., ungarische 55 R bez. Hafer loco pr. 13.0 Pfd. 34 1/2—34 3/4 R bez., 47—50 Pfd. November 35 R bez., Ob. u. Br., Frühjahr 35 1/2 R bez. u. Br. Erbsen loco 69—70 1/2 R bez. Rübsl matt, loco 10 1/2 R Br., November 10 1/2 R bez. u. Br., 10 1/2 R, April-Mai 11 1/2 R bez. u. Br., Mai 11 1/2 R bez. Spiritus niedriger, loco ohne Faß 19 1/2 R bez., November 19 1/2 R bez., 1/2 R bez., November-Dezember 19 1/2 R bez. u. Ob., Frühjahr 20 1/2 R bez. u. Br., 20 1/2 R Ob.

Angemeldet: 200 Wpl. Weizen, 200 Ctr. Hafer, 20,000 Quant Spiritus.

Regulirungspreise: Weizen 97 1/2, Roggen 74 1/2, Rübsl 10 1/2, Spiritus 19 1/2.

Hamburg, 21. November. Getreidemarkt. Locogetreide sehr stille, geringe Kaufkraft, Termine durchweg niedriger. Weizen pr. November 5400 Pfd. 174 1/2 Bancohafer Br., 174 Ob., pr. November-Dezember 172 1/2 Br., 172 Ob., pr. Roggen pr. November 5000 Pfd. Brutto 135 1/2 Br., 134 1/2 Ob., pr. November-Dezember 132 Br., 131 Ob. Hafer sehr ruhig, Rübsl behauptet, loco 23 1/2, per Mai 24 1/2. Spiritus stille, zu 28 1/2 angeboten. Kaffee fest. Zint geschäftlos.

Amsterdam, 21. November. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Roggen auf Termine 2 Fl. höher, per März 303, per Mai 305.

### Stettin, den 22. November.

Hamburg	6 Tag.	151 1/2 G	St. Börsenhans-O.	4	—
„	2 Mt.	150 1/2 B	St. Schanapichl.-O.	5	—
Amsterdam	8 Tag.	143 G	Pom. Chausseeb.-O.	5	—
„	2 Mt.	—	Used. Woll.-Kreis-O.	5	—
London	10 Tag.	6 24 1/2 bz	St. Strom-V.-A.	4	—
„	10 Mt.	—	Pr. National-V.-A.	4	117 G
Paris	3 Tag.	81 1/2 B	Pr. Sec.-Assicuranz	4	—
„	2 Mt.	—	Pomerania	4	113 G
Bremen	3 Mt.	—	Union	4	103 G
St. Petersburg	3 Wch.	93 1/2 G	St. Speicher-A.	5	—
Wien	8 Tag.	—	Ver.-Speicher-A.	5	—
„	2 Mt.	—	Pom. Prov.-Zuckers.	5	—
Preuss. Bank	4	Lomb. 4 1/2 %	N. St. Zuckersied.	4	—
Sta.-Anl. 54 57	4 1/2	—	Mech. Zuckersabrik	4	—
„	5	—	Bredow	4	—
St.-Schldsch.	3 1/2	—	Walzmühle	5	—
P. Präm.-Anl.	3 1/2	—	St. Portl.-Cementf.	4	—
Pomm.-Pfabr.	3 1/2	—	St. Dampfschlepp G.	5	—
„	4	—	St. Dampfschiff-V.	5	—
Rentend.	4	—	Neue Dampfer-C.	4	—
Ritt.-P.B.A.	4	—	Germania	—	94 1/2 B
Berl.-St. E. A.	4	—	Vulkan	—	85 B
„	Prior.	4	St. Dampfmühle	4	101 G
„	4 1/2	—	Pommerend. Ch. F.	4	—
Starg.-P.E.A.	4 1/2	—	Chem. Fabrik-Ant.	4	—
„	Prior.	4	St. Kraftdüngr-F.	—	—
St. Stadt-O.	4 1/2	95 1/2 B	Gemeinn. Bauges.	5	—